

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

LabourNet.de Germany

■ ZUR REGIERUNGSBILDUNG NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Burgfrieden in unruhigen Zeiten

Bei einer repräsentativen Umfrage von infratest/dimap für die »Tagesschau« Ende November 2013 votierten zwei Drittel der Befragten für eine große Koalition. Drei Viertel derer, die sich als SPD-Anhänger zu erkennen gaben, wollten das schwarz-rote Bündnis. Dagegen waren gerade einmal 22 beziehungsweise 18 Prozent.

Auch die Wirtschaftspresse reagierte ziemlich unangenehm auf den Koalitionsvertrag. Hauptkritikpunkt war hier nicht einmal der Mindestlohn von 8,50 Euro, der ohnedies erst zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2017 kommen wird. Statt dessen wurde die Verbesserung der Renten für Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, zum Risiko für die Rentenversicherung beschworen. Angeblich 130 Milliarden Euro soll diese Reform bis 2030 kosten, die Bundesregierung spricht von 90 Milliarden. Auch die Rente mit 63 für langjährig Versicherte, die 45 Beitragsjahre vorweisen können, wurde heftig kritisiert. Es sind tatsächlich Nebenkriegsschauplätze, die wohl mehr der Form halber eröffnet wurden, um die Befriedigung des Unternehmerlagers über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen nicht allzu deutlich werden zu lassen. Denn ein Politikwechsel, wie ihn die SPD in ihrem Wahlkampf versprach, ist nicht zu erkennen, ebensowenig eine wirkliche Abkehr von der Agenda 2010.

Natürlich hat die deutsche Bourgeoisie weiter gehende Wünsche, z.B. Steuerentlastungen, niedrigere Lohnnebenkosten und was sonst noch mehr. Aber angesichts im europäischen Vergleich günstiger Arbeitskosten und hoher Arbeitsproduktivität sind die führenden Unternehmer offenbar mit Profithöhe und Konjunkturaussichten einstweilen zufrieden und setzen auf »Weiter-So«. Das kommt zum Ausdruck, wenn der neugewählte Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, auf die Frage nach seiner Haltung zu einer großen Koalition antwortete: »Nach dem bisherigen Verlauf könnte man da in der Tat etwas ins Grübeln geraten. Aber ich sehe eben auch keine Alternative, die wirtschaftspolitisch erstrebenswerter wäre. Deshalb setze ich darauf, dass am Ende doch eine verantwortungsbewusste neue Regierung mit einem ausgewogenen Regierungsprogramm steht. Wir wünschen uns jedenfalls eine Koalition, in der die Argumente der Wirtschaft gehört werden. Und ich bleibe da auch zuversichtlich.« (FAZ, 21.11.2013) Zum Optimismus des BDA-Chefs dürfte auch das Wissen beitragen, dass Gesetze nicht für die Ewigkeit gemacht werden, was heißt, dass bei veränderter Konjunktur- und Haushaltslage soziale Leistungen



auch wieder gekappt werden können.

Die SPD hatte den »Politikwechsel« in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes

gestellt. Darunter konnte sich jeder vorstellen, was ihm passte, auch die Abkehr von Hartz IV. Zuletzt bedeutet für die SPD ein Politikwechsel ihre Beteiligung an der Bundesregierung. Mit den Worten von Frank Walter Steinmeier auf dem Leipziger SPD-Parteitag am 15. November 2013: »Wir wollten nie nur am Rande stehen und zuschauen!« Das hatte auch der SPD-Vorsitzende, Sigmar Gabriel, bei der 150-Jahr-Feier der SPD im Mai 2013 in Leipzig im Sinn, als er feststellte, die SPD sei die »demokratische Konstante in der deutschen Geschichte«, das »Rückgrat der deutschen Demokratie«.

Es gibt tatsächlich eine Minderheit unter den SPD-Mitgliedern, die sich eine sozialdemokratische Politik anders vorstellt, als sie es bei ihrer Führung erleben. Die sich eine rot-rot-grüne Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen wünschen. Aber unabhängig davon, ob eine solche Verbindung nicht an ihren inneren Widersprüchen scheitern würde, reicht es nicht, sich soziale Reformen zu wünschen. Man muss auch sehen, welche Kräfte es gibt und welche Voraussetzungen bestehen, derlei gegen den Widerstand des Unternehmerlagers zu bewirken.

So betrachtet, lagen und liegen die Chancen schlecht – und dies drückte sich bereits im Ergebnis der Bundestagswahl aus. Es ist nicht allein die relative Zufriedenheit einer Mehrheit der Lohnabhängigen mit ihrer aktuellen sozialen Lage und der vorhersehbaren Zukunft. Es ist wahrscheinlich mindestens ebenso sehr das verbreitete Bewusstsein darüber, dass es in den großen Staaten der Europäischen Union breiten Massen

Zur Regierungsbildung 2013

Die Klassengegensätze bleiben

Angriff auf Syrien

EU-Grenzregime

Griechenland

wirtschaftlich schlechter geht. Diese Wahrnehmung fördert gegenwärtig einen Konservatismus sowohl auf Seiten der Bourgeoisie wie auf Seiten der lohnabhängigen Klassen. Die Folgen dieses Zustandes für die beiden großen Klassen sind jedoch sehr unterschiedlich. Während der Konservatismus der Unternehmer ihrer tatsächlichen Stellung in der Gesellschaft entspricht und ihnen nicht schadet, entwertet er die Lohnabhängigen und nimmt ihnen das Bewusstsein für ihre Klasseninteressen, die sich von denen der Bourgeoisie unterscheiden. Wo der soziale und politische Gegensatz nicht auf die Spitze getrieben wird, fällt das erst einmal nicht auf. Bloße Propaganda kann an diesem Zustand nichts ändern, das werden auch jene Juso-Landesverbände und verschiedene Initiativen erkennen, die in den letzten Tagen für ein Nein bei der SPD-Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag geworben haben. Was zu tun bleibt, ist die Fortsetzung dessen, was Kommunisten auch in der Vergangenheit taten: Uns aktiv an den sozialen Auseinandersetzungen beteiligen, wo immer wir es können.

3.12.2013 ■

Große Koalition will Ruhe im Betrieb, deshalb erneuter Angriff auf das Streikrecht

2010 hatten sich BDA und DGB auf eine gemeinsame Initiative geeinigt, eine Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften in einem Betrieb gesetzlich »still zu legen«, was in der Konsequenz ein Eingriff in das grundgesetzlich verankerte Koalitionsrecht und Streikrecht bedeutete.

Vornehmlich in der Gewerkschaft ver.di war die Diskussion und Entrüstung über diese Initiative so lebhaft, dass der Gewerkschaftsrat diesem Vorhaben die Unterstützung entzog, in Konsequenz verfolgte der DGB die Initiative nicht weiter. (s. Arbeiterpolitik Nr. 4/5. Oktober 2010) Die schwarz-gelbe Koalition konnte sich auf keinen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen.

Doch die Arbeitgeber gaben an dieser Front nie auf. Wieder und wieder erinnerten sie die Kanzlerin an ihr

■ GROSSE KOALITION WILL SOZIALEN AUSGLEICH HERSTELLEN -

Klassenwidersprüche melden sich dennoch zu Wort

Nachfolgender Text ist der Beitrag eines Genossen zur Diskussion des vorhergehenden Artikels zu den Koalitionsverhandlungen.

die Red.

Die kapitalistische Produktionsweise wird als Wirtschaftssystem von den Parteien und der Mehrheit der Bevölkerung nicht infrage gestellt. Die Kritik und das politische Handeln richten sich gegen die Wirkungen des ökonomischen Systems. Selbst in der Partei »Die Linke« erklärten die Protagonisten, nur die Kritik am Kapitalismus reiche nicht, um Politik zu betreiben. Wie wahr, aber eine Kritik, die den Kapitalismus nicht überwinden will, beschränkt sich auf die allgemeine, die bürgerliche Politik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich die großen Parteien, die CDU/CSU und 1959 auch die SPD, zu klassenübergreifenden Sammlungs- oder Volksparteien heraus. Die »Arbeiterpolitik« beschrieb sie in den sechziger Jahren als Interessentenparteien im Gegensatz zu Weltanschauungsparteien. Die anderen Parlamentsparteien bedienen sich ebenfalls Volkes Stimme und vermeiden den Geruch Klasseninteressen zu vertreten. Die FDP, die sich vor einigen Jahren als die Partei der Besserverdienenden bezeichnete,

wurde dafür öffentlich gebrandmarkt. Sie zog ihr soziales Markenzeichen schleunigst aus dem Verkehr.

Ähnlich erging es der ehemaligen Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Löttsch, die über den Kommunismus als ein gesellschaftliches Ziel diskutieren wollte. Das galt als Tabubruch, sie begegnete dem öffentlichen Druck und dem aus ihrer Partei, indem sie ihre Aussage relativierte.

Heft Nr. 1 · 4. Januar 2014 · Jahrgang 55

Zur Regierungsbildung:

Burgfrieden in unruhigen Zeiten.	1
Klassenwidersprüche melden sich dennoch zu Wort. . .	2
Große Koalition: Angriff auf das Streikrecht.	2
Steinmeier erklärt die SPD vor der BDA.	4

Syrien: Widersprüche in der arabischen Welt entfalten sich weiter	4
Artikel der »Arbeiterstimme«: Der Angriff auf Syrien . . .	5

Griechenland: Gesellschaftlicher Verfall stellt die Linke vor komplexe Aufgaben	9
Griechenland: Der rechte Sumpf.	13
Zur Flüchtlingspolitik	16

Hamburg: Schülerdemonstration wegen der Flüchtlinge aus Lampedusa	19
--	----

Italien/Genua: »Wilder« Busfahrerstreik	22
--	----

Buchbesprechung: Zum Verhältnis von Finanz- und so genannter Realökonomie.	22
Nachruf auf Norbert Ließ, Salzgitter.	23

An unsere Abonnenten

Wir möchten uns ausdrücklich bei den Abonnenten der »Informationsbriefe« und den Spendern für ihre praktische Solidarität bedanken. Durch höhere Herstellungs- und Portokosten wird es immer notwendiger, einen soliden Sockel von Abonnenten zu halten. Als kleines Dankeschön legen wir den **Abonnenten und Spendern** einen 60-seitigen Reisebericht »**Griechenland im September 2013**« bei, den wir damit auch allen weiteren Lesern der Arbeiterpolitik empfehlen. Er bringt eine Fülle von einzelnen Fakten und Informationen, die helfen, die aktuellen Lebensbedingungen in Griechenland zu verstehen und einem breiteren Publikum zu vermitteln. Die Red. ■

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410077205 · BLZ 200 100 20
 IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
 Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de

gegebenes Versprechen. Auch die SPD und die Einzelgewerkschaften des DGB holten sie für diese Initiative wieder still ins Boot. »Ohne die Friedenspflicht eines laufenden Tarifvertrags wird die Tarifautonomie auf Dauer nicht existieren können«, drohte Hundt. Die Vorstände von IG Metall und IG BCE verstanden. Der Gewerkschaftschef der IG BCE, Vassiliadis, empfahl ein konsensorientiertes Vorgehen: »Notwendig und wünschenswert wäre eine gemeinsam getragene Gesetzesinitiative, die künftig die Tarifeinheit wiederherstellt – ohne Eingriffe in das Grundgesetz und ohne das verfassungsrechtlich garantierte Streikrecht anzutasten.« (FAZ 20.09.13) Im Vertrag zur großen Koalition findet sich jetzt im Kapitel »Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit« auf Seite 70 der Passus:

»Tarifeinheit gesetzlich regeln. Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen



UMARMUNG

der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.«

Eine erste Bewertung des Koalitionsvertrages seitens der Gewerkschaft ver.di kommt nun zu dem Ergebnis: »Die Schaffung der Tarifeinheit ist ein richtiges Ziel. Dabei darf es aber nach Auffassung von ver.di nicht zu einer Einschränkung des Streikrechts kommen.« 27.11.13 ■

Die Politik aller Parteien, für »alle da sein zu wollen«, setzt voraus, dass innerhalb der Arbeiterklasse keine Klassenpolitik entwickelt wurde und mithin auch kein Klassenbewusstsein entsteht. Ohne ein Klassenbewusstsein, das sie von der bürgerlichen Welt trennt, bleiben die Arbeiter in den bürgerlichen Denkkategorien befangen. So wird die Profitwirtschaft als »Volkswirtschaft«, die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion als »freie Marktwirtschaft« wahrgenommen, die Überproduktion und Überakkumulation als menschliches Fehlverhalten bzw. Fehleinschätzung eingeschätzt.

Doch die Gesetze der Profitwirtschaft untergraben diese gesellschaftlichen Verhältnisse und offenbaren dem, der sehen will, die Klassenwidersprüche.

Ludwig Erhards Anspruch: »Wohlstand für alle« bot seit der Wirtschaftskrise 1973/74 für einen Teil der Arbeiterklasse, die Arbeitslosen, keine Perspektive mehr.

Mit Schröders »Agendapolitik« wurde die arbeitende Klasse weiter auseinanderdividiert. Seine Politik verlangte von der arbeitenden Klasse Sozialabbau mittels der Maxime »Fördern und Fordern«, und zeigte sich großzügig gegenüber der Kapitalseite. Mit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Beseitigung der gesetzlichen Beschränkungen der Leih- und Zeitarbeit) sollten die Lohnkosten durch Schaffung eines Niedriglohnsektors gedrückt werden. Damit verband die Regierung Schröder die Hoffnung, die Unternehmer würden die Gelder investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen. Pustekuchen, sie landeten überwiegend im Finanzsektor, weil sich in der industriellen Produktion schon die Absatzschränken zeigten (siehe Kasten Steinmeier).

Die schwarz-rote Koalition, wie zuvor die schwarz-gelbe, setzt nun – gewollt oder durch die Umstände gezwungen – diese Politik fort, um die Profitwirtschaft funktionsfähig zu erhalten und die Unternehmen sowie den Standort Deutschland im Konkurrenzkampf zu stärken.

Auf der Seite der Arbeiterklasse führt diese Politik sozial zur weiteren Spaltung: Stammbelagschaften, Leiharbeiter, Niedriglöhner und Arbeitslose sind von den wirtschaftlichen und sozialen Belastungen unterschiedlich betroffen und reagieren politisch entsprechend. So gehen z.B. die, die keine Besserung ihrer sozialen Lage erwarten, nicht mehr zur Wahl. Der Soziologe Heinz Bude erklärt: »Im unteren Bereich der Gesellschaft gebe es ein Dienstleistungsproletariat der Vollzeitarbeitenden, die aber kaum genug zum Leben verdienen. Diese Gruppe erwartet nichts von der

Politik, verabschiedet sich desillusioniert. Und geht nicht wählen« (FAZ 9. 9.13).

Dagegen waren die qualifizierten Beschäftigten, die sich selbst zu den Mittelschichten zählen und ihre Lebensplanung nicht beeinträchtigt sehen wollen, gegen irgendwelche »Experimente«. Sie fürchteten, dass Steuererhöhungen und Vermögensabgaben bei den Reichen irgendwann und irgendwie auch sie berühren würden. Sie wählten vermehrt CDU/CSU und wünschten sich mehrheitlich eine große Koalition.

Die Parlamentsparteien wollen weiter machen wie bisher. Doch für eine Politik des Ausgleichs zwischen den ökonomischen Forderungen des Kapitals und gleichzeitig den sozialen Forderungen der abhängig Beschäftigten, der sozialen Balance, fehlen zunehmend die finanziellen Mittel. Konnten in der wirtschaftlichen Aufschwungphase noch alle sozialen Schichten im Großen und Ganzen befriedet werden, so gelang dies seit einiger Zeit nur noch recht und schlecht durch den Ausweg wachsender Staatsverschuldung. Heute gelingt der Ausgleich der Interessen nur zu Lasten Dritter, zu Lasten der Rentenversicherung. Die »Mütterrente« soll nämlich aus den Reserven der Rentenversicherung gezahlt werden, der Beitragssatz zur Rente soll deshalb entgegen der geltenden gesetzlichen Vorschrift nicht abgesenkt werden. Im Sinne der bisherigen Rentensystematik müsste die Mütterrente als versicherungsfremde, aber gesellschaftlich gewünschte Leistung aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden. Doch höhere Beiträge aus dem Bundeshaushalt, höhere Steuern sind ja tabu.

Die »Lebensleistungsrente« wird vollends in die nächste Legislaturperiode verlegt. Die geharnischte Kritik der Unternehmerverbände an den Kosten der Mütterrente (130 Mrd. EUR bis 2030), andererseits die scharfe Kritik der Sozialverbände daran, dass diese Rente entgegen aller Rentensystematik nicht aus Steuermitteln finanziert wird, zeigen deutlich die Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz.

Wie schon zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition stehen auch die Vorhaben der großen Koalition unter dem Vorbehalt der Finanzierung, bedürfen der Zustimmung des künftigen Finanzministers. »In Union und SPD herrschen gegensätzliche Auffassungen darüber, wie mit den Vorhaben der Koalition im Falle eines Einbruchs der Wirtschaftsleistung verfahren werden soll. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles deutete in der »Welt am Sonntag« an, in diesem Fall könnten Steuererhöhungen erfolgen. Der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Volker Kauder, sagte hingegen in der

Zeitschrift ›Der Spiegel, dann müsste die Verwirklichung von Vorhaben überprüft werden« (FAZ 01.12.13).

Sollte »die Wirtschaftsleistung einbrechen«, d.h. die Krise auch wieder Deutschland erfassen, dann wird auch diese Regierung den Schein des sozialen Ausgleichs, den sie jetzt zu erwecken versucht, wieder aufgeben. W., HH ■

»Haben wir nicht Anspruch auf Dankbarkeit des Kapitals?«

Steinmeier erklärt vor den Unternehmern die Rolle der SPD

Unter dieses unausgesprochene Motto stellte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier seinen Auftritt auf der **Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** am 19. November 2013 in Berlin. Das Video mit der Rede ist im Internet auf den »Nachdenkseiten« zu finden. (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=19482>).

»... wir sind auch Dank einer mutigen Reformpolitik, die in diesem Lande stattgefunden hat, ganz gut aufgestellt – auch im Wettbewerb mit den anderen. Wir haben jetzt fünf Wachstumsjahre in Folge. Wir haben Rekordniveaus bei Beschäftigung, bei Exporten und bei Staatseinnahmen. Das ist alles wahr. Und ich weiß, daß die meisten hier im Saal trotz der anstrengenden, gefährlichen, risikobehafteten Umsteuerungsarbeit, die wir damals zu machen hatten, ihre Zuneigung zur Sozialdemokratie immer noch unterkühlt handhaben. Und ich sage deshalb, gerade weil Ilse Aigner so stolz darauf ist, dass die CDU/CSU keine Steuererhöhungen haben will, sondern die Steuersätze beibehalten will, ihre Erwartungen waren ursprünglich mal etwas anders. Sie (die Arbeitgeber, d. Verf.) haben ja sogar auf Steuererhöhungen gewartet. Deshalb sage ich jetzt ohne Larmoyanz, und die Entscheidungen liegen ja zehn Jahre hinter uns, wenn Sie sich in gerechter Weise zurück erinnern, dann hat es aber die entscheidenden Steuersenkungen und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben:

- Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes,

- mit der Senkung des Eingangsteuersatzes,
- mit der Senkung der Unternehmenssteuern.

Sie haben bis dahin Ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommensteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr versteuert nach dem Abgeltungssteuergesetz. Das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik und ich finde bis heute ist das nicht so ganz schlecht. (Beifall)

Ich habe mir das selbst noch einmal in Erinnerung gerufen, weil (...) ich den Eindruck hatte, Sie fühlen sich alle bei dem Unionsteil einer möglichen Großen Koalition besser aufgehoben als beim sozialdemokratischen Teil einer Großen Koalition. Deswegen erinnere ich natürlich nicht nur an die Steuerpolitik, für die wir Verantwortung getragen haben, sondern ich sage mal dabei, dass auch die Reform der Arbeitsverwaltung, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Aufhebung der Spaltung am Arbeitsmarkt, die Halbierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – auch das waren Entscheidungen, die wir damals getroffen und durchgesetzt haben, mit denen wir miteinander – nicht Sie alleine – unter ökonomischen Gesichtspunkten ganz gut leben – miteinander. Und deshalb sage ich Ihnen auch entgegen manchem Verdacht, von dem ich auch in Zeitungen dieser Tage lese: Nachdem wir das alles durchgerungen haben, uns haben beschimpfen lassen, auch Wahlen verloren haben dafür, müssen Sie sich jetzt nicht vorstellen, dass wir das, was ökonomischen Erfolg in dieser Republik begründet hat, nachträglich auf irrsinnige Weise in Frage stellen, sondern wir wissen, was das für Mühe gekostet hat, dieses Land aus mancher Unbeweglichkeit zu befreien. Und deshalb kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die Rückabwicklung sinnvoll und gut wäre.

Ich will Ihnen nur sagen, wenn man an der einen oder anderen Stelle trotzdem ... versucht etwas zu korrigieren, was im Blick auf die letzten zehn Jahre trotz Reform aus dem Ruder gelaufen ist, etwa bei der Leiharbeit oder bei der Entwicklung der Aufstockerei für den Niedrigstlöhner, ... dann sollte das auch in Ihrem Interesse, im Interesse von Arbeitgebern, liegen, weil eigentlich doch keiner ein Interesse daran haben kann – wie ich unterstelle mal, Sie auch nicht – dass Zustimmung und Akzeptanz zur Marktwirtschaft aufgrund solcher Fehlentwicklungen, die wir einfach laufen lassen, dass Akzeptanz der Marktwirtschaft auf diese Weise erodiert.« ■